

19.06.2003

SPD-PDS will größten Einkaufstempel am Stadtrand bauen

Ein Stück aus dem Tollhaus ist der Wille der Regierungskoalition, an der Landsberger Allee 358 ein Einkaufszentrum mit 119.000 Quadratmetern Verkaufsfläche - drei mal so groß wie am Potsdamer Platz - zuzulassen. Obwohl hier allenfalls ein Unterzentrum planerisch zulässig wäre, soll ein beispielloses Megazentrum gebaut werden. Dieses Projekt definiert die Zentrenhierarchie Berlins neu. Drei Großinvestoren, unter ihnen IKEA, wollen hier bauen. Ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, dieses ruinöse Großprojekt zu verhindern, wurde im gestrigen Bauausschuss mit den Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt.

Obwohl diese Planung im Widerspruch zu den bestehenden Planwerken wie Einzelhandelserlass und Zentrenatlas steht, führte Stadtentwicklungssenator Strieder eigens hierfür ein Raumordnungsverfahren durch. Bisher war das nur für den Transrapid oder das Verkehrsprojekt 17 Deutsche Einheit – Wasserstraßenausbau - nötig. Die Einzelhandelskonzentration hat bereits zu Geschäftsaufgaben von 1.000 Einzelhandelsbetrieben im vergangenen Jahr geführt. In den letzten drei Jahren verloren 10.000 VerkäuferInnen ihren Job. Deshalb lehnen auch IHK und Gesamtverband des Einzelhandels dieses Vorhaben ab.

Weitere Probleme sind vorprogrammiert: Mit 5.000 geplanten Parkplätzen wird der Individualverkehr zwangsläufig ansteigen. Gleichzeitig wird Konkurrenz zu benachbarten Mittelzentren, wie der Marzahner Promenade und dem Vorhaben im Entwicklungsgebiet „Alter Schlachthof“ aufgemacht. Der wirtschaftliche Schaden für das Land Berlin ist vorprogrammiert. Die damit erschwerte Vermarktung von Verkaufsflächen des Alten Schlachthofs wird jetzt der Steuerzahler finanzieren. Denn die Entwicklung der Flächen unterliegt der Landesbanktochter Bavaria, die in der Risikoabschirmung durch das Land Berlin abgesichert ist.

Das Argument, Kaufkraft könne ohne dieses Projekt nach Brandenburg abwandern, ist vorgeschoben. Auf der Landsberger Allee reihen sich schon heute die Einkaufszentren wie auf einer Perlenkette. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fordert die Regierungskoalition auf, die unsinnigen Planungen zu stoppen.□